Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 82. Sonntag den 8. April. 1849.

Wegen des Osterfestes wird die Zeitung erst Mittwoch den 11. April wieder ausgegeben.

Inland.

Berlin, den 6. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem pensionirten Land- und Stadtgerichts-Secretair Euler zu Rheda, Regierungs-Bezirk Minden, und dem Kreis-Steuer-Einnehmer Ramcke zu Wollstein, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Unteroffizier Höhne und dem Bombardier Müller der 6ten Artillerie-Brigade, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der Landgerichts-Referendarius August Bessel zu Kleve ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des Königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln; der bisherige Ober-Landesgerichts-Assessor Schwerdtfeger zum Rechts-Anwalte bei dem Kreisgerichte zu Genthin und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Magdeburg; und die bisherigen Advokaten Franz Eduard Houben und Joseph Lingens zu Aachen, sind zugleich zu Anwälten bei dem dortigen Königlichen Landgerichte ernannt worden.

Der Königlich Niederländische Admiral, Arriens, ist aus dem Haag hier angekommen.

Berlin, den 7. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Geheimen Revisions-Rath Jonas zum General-Kommissarius und Dirigenten der General-Kommission zu Münster, und den Geheimen Revisions-Rath Bauer zum General-Kommissarius und Dirigenten der General-Kommission zu Stargard zu ernennen.

Der bisherige Justitiarius Massow zu Friedeberg ist zum Rechts-Anwalt für den Friedeberger Kreis, mit Anweisung des Wohnsitzes in Friedeberg, und zugleich zum Notar im Bezirk des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. d. O. ernannt worden.

Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist nach Neu-Strelitz, und der Königlich Portugiesische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Nuno de Barboza, nach Paris abgereist.

Berlin, den 4. April. Die erste Kammer versammelte sich noch einmal 4 Uhr Nachmittags. Der Minister des Auswärtigen v. Arnim verlas die Cirkular-Note; hinterher wollte Graf Dyhrn den Antrag zur Debatte bringen, daß die nächste Sitzung morgen sein solle; der Vice-Präsident v. Wittgenstein aber berief sich auf die Geschäftsordnung, die eine weitere Debatte nicht gestatte. Ein Theil der Versammlung verließ den Saal, um sie beschlußunfähig zu machen, was ihr auch gelang: der Namensaufruf ergab 77 Mitglieder. Die nächste Sitzung ist am Mittwoch nach dem Feste.

Berlin, den 4. April. In der heutigen Nachmittags-Sizzung der beiden Kammern wurde von dem Ministerium von nachstehender an sämmtliche Königliche Gesandtschaften bei den Deutschen Regierungen heute ergehenden Cirkular-Depesche Mittheilung gemacht:

Welche Eröffnung Se. Majestät der König der Deputation der Deutschen National-Versammlung heute gemacht haben, die hierher gekommen war, um auf Grund der gefaßten Beschlüsse Allerhöchstdemselben die Kaiserkrone Deutschlands anzutragen, wollen Ew. rc. aus den Anlagen entnehmen. Diese Rede bedarf keiner weiteren Deutung. Während auf der einen Seite die Bedeutung der in Frankfurt getroffenen Wahl anerkannt und in Folge derselben die Bereitwilligkeit, an die Spitze Deutschlands zu treten, erklärt wird, haben Se. Majestät auf der andeeen Seite festgehalten daran, daß die Verfassung Deutschlands nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werden und daß die getroffene Wahl nur durch das freie Einverständniß der Regierungen zur vollen Rechtsgültigkeit gelangen kann. Um diesem Einverständniß in keiner Weise vorzugreifen, um selbst den Schein eines indirekten Zwanges zu vermeiden, ist auch nicht, wie es von mehreren Seiten erwartet wurde, unter Vorbehalt oder unter Voraussetzung des nachfolgenden Einverständnisses der Einzelstaaten, die Annahme der Wahl ausgesprochen worden.

Je größere Gewissenhaftigkeit und Zurückhaltung in dieser Beziehung bewiesen worden, um so mehr ist aber auch die Regierung Sr. Majestät der Verpflichtung sich bewußt, so viel an ihr ist, die Geschicke Deutschlands auf der Bahn jener Entwickelung zu fördern und der ersehnten Vollendung entgegenzuführen. Sie hält sich daher jetzt für eben so verbunden, als berechtigt, in dieser Angelegenheit ein offenes Wort an die übrigen Deutschen Regierungen zu richten.

In Beteacht, daß der Erzherzog-Reichsverweser den Entschluß gefaßt hat, seine Stelle niederzulegen, und in Betracht der großen Gefahren, welche Deutschland aus der Verwirklichung dieses Entschlusses erwachsen können, sind Se. Majestät der König bereit, auf den Antrag der Deutschen Regierungen und unter Zustimmung der Deutschen National-Versammlung die provisorische Leitung der Deutschen Angelegenheiten zu übernehmen.

Se. Majestät sind, dem ergangenen Rufe Folge leistend, und eingedenk der Ansprüche, welche ihm Preußens Stellung in Deutschland gewährt, entschlossen, an die Spitze eines Deutschen Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten. Die Formen dieses Bundesstaates werden wesentlich davon abhangen, wie viel und welche Staaten sich demselben anschließen.

Mit Rücksicht aber auf die politischen Zustände von ganz Deutschland und auf die Lage, in welcher die Deutsche National-Versammlung sich gegenwärtig befindet, darf der zu fassende Beschluß nicht aufgehalten werden. Ew rc. wollen demnach an diejenigen Deutschen Regierungen, bei welchen Sie beglaubigt sind, die dringende Aufforderung richten, ohne allen Verzug besondere Bevollmächtigte in Frankfurt a. M. zu bestellen, welche bindende Erklärungen abzugeben im Stande sind:

1) über den Beitritt zum Bundesstaate und die Bedingungen, unter denen er erfolgt;
2) über die Stellung, welche die solchergestalt zu einem Bundesstaate zu vereinigenden Regierungen demnächst zu der Deutschen National-Versammlung und den von ihr bereits gefaßten Beschlüssen einzunehmen haben, mit der Maßgabe, daß das Werk der Vereinbarung über die Verfassung unverzüglich in Angriff genommen wird;
3) über das Verhältniß zu denjenigen Deutschen Staaten, welche diesem Bundesstaate beizutreten Anstand nehmen, wobei es wünschenswerth und anzustreben ist, die noch bestehenden Bundesverhältnisse der neuen Staatsform anzupassen.

Die Regierung Sr. Majestät wird binnen längstens 8 Tagen einen Bevollmächtigten in Frankfurt mit der erforderlichen Instruktion und Autorisation versehen haben, und darf sich der Hoffnung hingeben, daß die übrigen Regierungen mit gleichem Eifer diese wichtige Angelegenheit behandeln und wenigstens ungesäumt ihre Erklärungen, so wie über das Prorisorium, eben so über die übrigen Vorschläge hierher gelangen lassen werden.

Wir sind hiernach der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß wir in den Stand gesetzt sein werden, binnen längstens 14 Tagen eine definitive Erklärung über die Deutsche Sache abzugeben.

Berlin, den 5. April. Die „Deutsche Reform" bringt zwei Schriftstücke von großer Wichtigkeit: das Schreiben der Deputation der Deutschen National-Versammlung an das Preußische Staatsministerium und die Antwort des letzteren.

I.

Einem Königl. Staats-Ministerium beehren wir uns die nachstehende Erklärung ganz ergebenst mitzutheilen. Die verfassunggebende Reichs-Versammlung hatte die unterzeichnete Deputation beauftragt, Se. Majestät den König zu der Annahme der in der Deutschen Reichs-Verfassung begründeten, auf Se. Majestät übertragenen, erblichen Kaiserwürde ehrfurchtsvoll einzuladen. Se. Majestät der König hat nach den in der Audienz vom gestrigen Tage der Deputation gemachten Eröffnungen dieser ehrfurchtsvollen Einladungen keine Folge geben zu dürfen geglaubt, und sich bewogen gefunden, diese Seine Entschließung durch die inzwischen auch zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Gründe näher zu motiviren. Die Teutsche Reichs-Versammlung hatte am 28. v. M. zu der Vollziehung eines Theiles der Verfassung, der Wahl des Reichsoberhauptes, nicht anders als nach Verkündigung der ganzen von ihr beschlossenen Reichs-Verfassung, der ganzen von ihr beschlossenen Reichs-Verfassung schreiten können; die Uebertragung der erst in der Verfassung begründeten erblichen Kaiserwürde auf einen der regierenden Deutschen Fürsten setzte das zu Recht Bestehen der Verfassung an sich voraus Die Erklärung Sr. Maj. des Königs sieht dagegen die gedachte Verfassung in keiner Weise als ein bereits geschlossenes, auch nur für einen größeren oder kleineren Theil von Deutschland bereits verbindliches Ganze an. Sie bezeichnet nicht einmal gleich der am 2. April von dem Herrn Minister-präsidenten den hiesigen Kammern gemachten Eröffnung die Verfassung als für die Deutschen Staaten gültig und verbindlich, deren Regierungen derselben von freien Stücken zustimmen möchten. Sie erkennt den einzelnen Regierungen nicht blos, wie jene Eröffnung, das Recht zu, die Verfassung als ein Ganzes anzunehmen und dadurch dem neuen Bundesstaat beizutreten, oder abzulehnen und sich dadurch von dem Bundesstaate auszuschließen. Indem die Erklärung Se. Majestät sich über diesen Punkt vielmehr folgender Gestalt ausspricht, — „an den Regierungen der einzelnen Deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Mir zugedachten Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von mir fordert, die Geschicke des großen Deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen" — macht sie aus der von der Deutschen Reichsversammlung verkündigten Verfassung einen, der gemeinsamen Berathung der Deutschen Regierungen, also auch deren Beschlußfassung (durch Majoritäten oder Unanimität) zu unterstellenden Entwurf.

Es ist nicht die Aufgabe der Deputation, die Richtigkeit der von dieser Auffassung so durchaus verschiedenen der Reichsversammlung in allen ihren Fraktionen, aus staatsrechtlichen oder andern Gründen zu vertreten. Aber dem Mißverständniß, welches der Deputation in Betreff der Königlichen Erklärung in überraschender Weise mehrfach entgegengetreten ist, als ob mit der in derselben enthaltenen Anschauung des in Fraukfurt beschlossenen Verfassungswerkes eine Annahme oder auch nur eine Nichtablehnung der Seitens der Reichsversammlung an Se. Majestät gerichteten Einladung irgendwie zu vereinigen wäre, — diesem Mißverständniß hat sie sich zur Vermeidung fernerer Irrungen ohne Aufschub und vor ihrer Rückkehr nach Frankfurt entgegenzutreten für verpflichtet gehalten. Die Einladung, auf Grundlage der Reichsverfassung die auf Ihn gefallene Wahl anzunehmen, mußte in dem Augenblick als von dem Könige abgelehnt angesehen werden, in welchem Se. Maj. Ihre Willensmeinung dahin zu erkennen gaben, daß die von der verfassunggebenden Reichsversammlung in zweimaliger Lesung beschlossene Verfassung überall noch keine rechtliche Existenz und Verbinlichkeit habe, einer solchen vielmehr erst durch gemeinsame Beschlußnahme der deutschen Regierungen theilhaftig werden könne. Unter dieser Voraussetzung wäre die Verfassung zwar wohl die Grundlage fernerer Berathungen der Regierungen, aber unmöglich die der gesetzlichen Gewalt eines Reichsoberhauptes abzugeben im Stande. Berlin, den 4. April 1849. Die Depution rc.

II.

Das von der Deputation der Nationalversammluug an uns gerichtete sehr geehrte Schreiben vom gestrigen Tage haben wir erhalten. Die Deputation wird, wie wir nicht zweifeln, mit uns die Ansicht theilen, daß wir uns nicht in der Lage befinden, über den Inhalt dieses Schreibens mit Wohlderselben in nähere Verhandlung zu treten, viehlmehr diejenigen Beschlüsse abzuwarten haben, zu denen sich die deutsche Nationalversammlung in Folge der der Deputation derselben von Sr. Majestät dem Könige ertheilten Antwort etwa bewogen finden möchte. —

Schließlich benützen wir gern die Gelegenheit, der Deputation hierbei Abschrift des an die diesseitigen diplomatischen Agenten bei den deutschen Regierungen in Verfolg jener Antwort Seiner Majestät gerichteten Erlasses ganz ergebenst mitzutheilen. Berlin, den 5. April 1849.

Folgen die Unterschriften der Minister.

— Die Deputation der deutschen Nationalversammlung hatte gestern Abend bei Mielentz noch eine Zusammenkunft mit Mitgliedern beider Kammern. Die Stimmung war trübe. Die Dekorationen des Saales, die deutschen Fahnen und die lorbeerbekränzte Büste des Königs erinnerten an das Festmahl, das unterbleiben mußte. Heute Mittag um 1 Uhr reiste die Deputation ab.

— Telegr. Dep. Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat sich bis zum 11. d. M. vertagt.

Berlin. — Die National-Zeitung berichtet: So eben, vor Schluß der Redaktion, erhalten wir von einem der ersten Handlungshäuser in Mailand noch folgende Privatnachricht, die wir mittheilen, ohne sie verbürgen zu können:

Mailand, den 29. März.

Die Italienischen Waffen haben an der Sesia über die Oesterreichische Armee den vollständigsten Sieg davon getragen. Letztere zieht in kleinen, vereinzelten Haufen durch unsere Stadt und begiebt sich nach Verona, wo nach der Kapitulation der Friede geschlossen werden soll. Inzwischen bleiben das ganze Kriegsmaterial und mehrere Oesterreichische Prinzen in Piemont als Geißel zurück zur Sicherung des Eigenthums und des Lebens der Lombardischen Bevölkerung.

†† Berlin, den 5. April. Nachdem die von der Stadt Posen hierher gesandte Deputation vorgestern Abend hier eingetroffen war, begab sie sich gestern früh in das Königl. Staatsministerium, um den Minister des Innern, Herrn v. Manteuffel, von dem Zweck ihrer Sendung in Kenntniß zu setzen, und ihn zu bitten, ihr eine Audienz bei des Königs Majestät, Behufs Uebergabe der Adresse der städtischen Behörden zu Posen, zu erwirken. Der Herr Minister antwortete, daß Audienzen bei Sr. Majestät jetzt nur durch den Minister-Präsidenten, Grafen Brandenburg vermittelt werden könnten, worauf die Deputirten sich sofort nach Potsdam begaben, um dem dort anwesenden Minister-Präsidenten ihr Gesuch persönlich vorzutragen. Der Graf Brandenburg empfing die Deputation auch sogleich mit zuvorkommender Artigkeit und bedauerte nur, daß es ihm wohl nicht möglich sein werde, derselben noch vor den Festtagen eine Audienz bei des Königs Majestät zu verschaffen; indessen nahm er die Adresse entgegen und versprach, sie sogleich Sr. Majestät zu überreichen. Die Deputirten begaben sich hierauf nach Berlin zurück, wo sie noch an demselben Abend spät nachstehende schriftliche Antwort erhielten. „Ew. rc. benachrichtige ich ergebenst, daß ich die mir heute von der Deputation aus Posen zugestellte Adresse Sr. Majestät dem Könige überreicht habe, und von Allerhöchstdemselben mir der Auftrag geworden ist, den Dank Sr. Majestät für die in der Adresse ausgesprochenen Glückwünsche an die Deputation gelangen zu lassen; derselben jedoch zugleich zu eröffnen, daß Sr. Majestät in der Osterwoche verhindert seien, die Deputation in einer Audienz zu empfangen. Der Präsident des Staatsministeriums Graf Brandenburg."

— Von den Berliner Auswanderern nach Südaustralien sind bereits Nachrichten eingegangen. Das Schiff, auf welchem sie sich befanden, wurde am 22. März durch ein Dampfboot bis nach Glückstadt bugsirt, wohin sich die Gebrüder Schomburgk, welche noch einige Tage in Hamburg zurückblieben, am 24. März auf der Eisenbahn begaben, um das Auswandererschiff zu besteigen. Am 25. März segelte dasselbe von Glückstadt ab und wurde schon am 31. März von einem in Hamburg vor einigen Tagen angelangten Kauffahrteischiff im Kanal erblickt. In Rio de Janeiro wird das Fahrzeug anlegen und dort 8 Tage bleiben, um sich mit frischem Wasser und Nahrungsmitteln aufs Neue zu versehen. Von dort aus wollen die Auswanderer die weiteren Nachrichten nach Berlin senden.

Potsdam, den 5. April. (Spen. Ztg.) Gestern, Abends 8 Uhr, ereignete sich hier ein höchst beklagenswerther Vorfall. Drei Soldaten des ersten Garde-Regiments überfielen zur gedachten Zeit

den sich hier schon geraume Zeit aufhaltenden Litteraten, Dr. Tropus, gerade als derselbe das Redactions-Zimmer des Tagesblattes verließ, in der Lindenstraße und brachten ihm acht, theils durch Messer, theils durch Dolchstiche verursachte, Wunden bei: vier in den Schädel, zwei in Stirn, Schläfe, einen in die Hand und einen in die Schulter. Ob der Dr Tropus mit dem Leben davon kommen wird, läßt sich bis jetzt noch nicht ermitteln. Der Matador der Angreifer ist entflohen, doch wird die sogleich beantragte Untersuchung wohl die Thäter, wie die Urheber dieses Mordanfalls, ans Licht ziehen.

Hamburg, den 4. April. Folgende Nachricht ist im Laufe der heutigen Börse hier eingetroffen: Rendsburg, den 3. April. Die Dänen sind von Alsen herüber gekommen und haben die Schleswig-Holsteinischen Truppen angegriffen, welche sich in die Linie zurückzogen. — Die Dänen haben Gravenstein besetzt; eben so sind sie von Norden her in Schleswig eingerückt und stehen 2 Meilen von Hadersleben.

Apenrade, den 3. April. Die Blockade unseres Hafens durch die Najade heute gehörig notifizirt. Bei Aller soll ein Gefecht mit den Dänen stattgefunden haben.

Kiel, den 3. April. Unser Hafen ist ebenfalls blockirt. — Ob die Elbe auch blockirt ist, scheint noch ungewiß zu sein. Dänische Kriegsschiffe sind bei Helgoland gesehen worden. Auch sagte man, daß mehrere der Hamburger Kavallerie bei einem Vorpostengefechte blessirt und gefangen worden wären. Dies scheint jedoch nur blinder Lärm zu sein.

Frankfurt a. M., den 3. April. In diesen Tagen zeigt die preußische Regierung der Centralgewalt „um Mißverständnisse zu vermeiden" an, daß die in Preußen erbauten Schiffe nicht unter deutscher, sondern unter preußischer Flagge gehen werden. Diese Schiffe also, die dem Reiche als Flottenbeitrag angerechnet worden, diese Schiffe sollen nicht deutsche, sondern partikularistisch preußische Schiffe sein! Wir würden uns eine solche Auffassung der Verhältnisse nicht zu erklären wissen, wenn wir nicht glaubten annehmen zu dürfen, daß der scheinbar trostlose Zustand der deutschen Nationalversammlung seit Verwerfung des Welckerschen Antrages auch dem preußischen Kabinet die Möglichkeit eines vollständigen Zerfalles der deutschen Einheit vor Augen gestellt hätte, und daß jene Erklärung mit Rücksicht auf diese Eventualität gegeben sei.

Die deutsche Reform berichtet aus Frankfurt a. M., daß sich die Sympathie des Volkes in Baiern und Würtemberg über alle Erwartung rasch dem Preußischen Erbkaiserthum zuwendet. Briefe und mündliche Angaben stimmen darin überein, daß alles anfängliche Widerstreben dem einen Gedanken weicht, nun in einer endlichen Form Ruhe und Frieden wiedergefunden zu haben. Besonderes Gewicht aber legen wir darauf, daß es den Umtrieben der Ultramontanen noch nicht gelungen ist, bei der katholischen Bevölkerung eine entschiedene Abneigung gegen die Preußische Dynastie aus konfessionellen Gründen anzuregen. Außerdem ist es erwähnenswerth, daß hier namentlich zwischen dem Bairischen und Preußischen Militair ein wahrhaft brüderlicher Verband herrscht, der sich in Worten der Freude darüber, „nun Einer Armee anzugehören", auf beiden Seiten einen gleich prägnanten Ausdruck giebt.

Frankfurt a. M., den 4. April. (O. P. A. Z.) 198ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Die Sitzung wird um 9½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank sieht man heute wieder die Reichs-Minister von Gagern, von Beckerath, von Peucker, Mohl, die Unter-Staats-Sekretaire Bassermann und Mathy. Die Abgeordneten sind allgemein in lebhaftem Gespräche begriffen. Gegenstand ihrer Unterredung ist, so viel zu ersehen, die auf telegraphischem Wege eingelangte Antwort Sr. Majestät des Königs von Preußen. Nach Verlesung des Protokolls macht der Vorsitzende eine ihm von der Deputation aus Berlin zugekommene telegraphische Mittheilung bekannt. Sie lautet: „Präsentirt Abends 9½ Uhr. Frankfurt a. M., den 3. April 1849. Die Deputation der Reichsversammlung an den Vice-Präsidenten, Herrn Kirchgeßner. Die Deputation ist nach empfangener Antwort Sr. Majestät des Königs sofort in Berathung getreten über das, was in Folge derselben ihr zu thun obliege. Sie wird über das Ergebniß dieser Berathung spätestens morgen berichten. Die Deputation ist sich ihrer Pflicht und Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber vollständig bewußt. Berlin, den 3. April 1849." (Heiterkeit links.)

Reichsminister-Präsident von Gagern, macht dem Hause folgende Mittheilungen über den Stand der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheiten: Es heißt darin: der Krieg kann wieder beginnen, vielleicht haben die Feindseligkeiten in diesem Augenblicke schon begonnen. Da aber die Dänische Regierung fortwährend versichert, daß ungeachtet der Kündigung des Waffenstillstandes die Erneuerung der Feindseligkeiten nicht in ihrer Absicht liege, so wird nicht der bloße Ablauf des Waffenstillstandes, sondern erst ein wirklicher Angriff Dänemarks die Entscheidung der Waffen hervorrufen. Die provisorische Centralgewalt hat ihr Bestreben auf die Erzielung eines für beide streitenden Theile billigen, die kontestirten Rechte vermittelnden Friedens gerichtet; sie hat im letzten Augenblicke noch Europa ein Pfand ihrer Friedensliebe dadurch dargebracht, daß der Befehlshaber des Deutschen Operationscorps, als welcher der Königlich Preußische General-Lieutenant von Prittwitz ernannt ist, die Weisung erhalten hat, seinerseits nicht anzugreifen, sondern in der Vertheidigungsstellung zu verharren, so lange kein Angriff von Seiten Dänemarks erfolgt. Die in Folge des Vertrags von Malmoe eingesetzte gemeinsame Regierung der Herzogthümer hat ihr Amt niedergelegt, nachdem mit Ablauf dieses Vertrages ihre Vollmacht erloschen war. Es ist daher von Seiten der provisorischen Centralgewalt, welcher die Sorge für die vorläufige Verwaltung der Herzogthümer obliegt, eine Statthalterschaft eingesetzt worden, welcher die Ausübung sämmtlicher Regierungsrechte bis zum Abschlusse eines Friedens, mit Vorbehalt der Rechte des Landesherrn, unter Zustimmung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung übertragen worden ist."

Der Namens des Wehr-Ausschusses von dem Abgeordneten Herrn Bock erstattete Bericht (über zwei Petitionen aus Lübeck, betreffend die Befreiung der Seeleute vom Wehrdienste im Landheere) und somit der Gegenstand der heutigen Tagesordnung erledigt sich nach einer kurzen Debatte, an der sich die Herren Stavenhagen, von Peucker und Bock betheiligen, durch die Erhebung nachfolgenden Antrags zum Beschlusse:

„Die bezüglichen beiden Petitionen dem Reichsministerium mit dem Ersuchen zuzufertigen, die Regierungen der Küstenstaaten zu veranlassen, daß schleunigst die erforderlichen Anordnungen getroffen werden, um den Seeleuten, so weit thunlich, die Ableistung ihrer Wehrpflicht im Seedienst zu gestatten, zugleich aber die Regierungen zu ersuchen, das Erforderliche über das Bestehen solcher Anordnungen, behufs Beruhigung der Seeleute, zur Kenntniß derselben zu bringen."

Eine Anrufung des Herrn Grävell betrifft die Renitenz einzelner Regierungen gegen die Zahlungsleistungen für die Kriegsflotte, so wie die dagegen zu ergreifenden Maßregeln. Herr Dröge erwiedert sofort im Namen des Marineausschusses, der nicht unterlassen kann, seinerseits dem gelegentlich des Vortrags des Herrn Reichs-Finanz-Ministers in der Versammlung kundgegebenen Ausdruck des Unwillens über das nicht zu rechtfertigende Renitenzverfahren einzelner Staaten in Entrichtung ihrer Flottenbeiträge sich anzuschließen, und indem er die zuversichtliche Hoffnung ausspricht, daß das Reichsministerium bei der drohenden Gefahr des Wiederausbruchs des Krieges Alles, selbst wenn nöthig, unter Anwendung der schärfsten Maßregeln, aufbieten werde, die Säumigen zur sofortigen Zahlung zu bringen. Endlich kommt noch ein dringlicher Antrag der Herren Hoffbauer, Ludwig Simon und Genossen aus Nordhausen zur Mittheilung, wonach die National-Versammlung sofort über die Antwort des Königs von Preußen in Berathung treten und der Berliner Deputation ihren darüber gefaßten Beschluß zugehen lassen soll. Die Begründung der Dringlichkeit wird jedoch den Antragstellern versagt, und somit ist auch dem Gegenstande selbst die Dringlichkeit abgesprochen. Der Antrag wird zurückgezogen. Herr Raveaux stellt hierauf den dringlichen Antrag: In Erwägung, daß sie den Zweck ihrer Sendung erfüllt habe, die Kaiser-Deputation durch telegraphische Weisung aus Berlin zurückzuberufen. 191 gegen 163 Stimmen (durch Zettel) lehnen jedoch auch die Dringlichkeit dieses Antrages ab. Herr Simon von Trier fragt bei dem Reichsministerium an, ob dasselbe in einer telegraphischen Depesche die von dem Könige von Preußen der Deputation ertheilte Antwort erhalten habe und ob es zu deren Kundgebung bereit sei. Reichsministerpräsident Herr Heinr. v. Gagern: „Nein, das Ministerium hat keine solche Depesche erhalten." Auch über den Tag der nächsten Sitzung und die Tagesordnung derselben erspart sich das Haus die Debatte nicht. Herr Bassermann: die dreiunddreißig Mitglieder des Hauses, die sich in Berlin befinden, sind im Auftrage der Versammlung abwesend. Es wäre nicht loyal, ihre Abwesenheit zu mißbrauchen. Selbst den Anschein, als werde diese Abwesenheit zum Durchsetzen gewisser Maßregeln benutzt, ist zu vermeiden. Nach dem Schlusse der Diskussion hierüber vertagt das Haus seine ferneren Sitzungen bis Mittwoch nach dem Feste (11. April). Als Gegenstand der nächsten Tagesordnung — nachdem noch Herr Venedey die heutige Sitzung als eine trostlose bezeichnet, dabei aber die Versicherung ausgesprochen hat, daß ein Jeder im Hause, der die Verfassung unterschrieben habe, auch männlich dafür einstehen werde — wird sodann der Bericht des Abgeordn. von Dieskau über eine die Aufhebung der Spielbanken betreffende Petition und der Puttelsche Bericht über die Bernburger Angelegenheit gesetzt.

Weimar, den 4. April. Der hiesige politische Verein hat eine Adresse an den König von Preußen abgesandt, in welcher er diesen bittet, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen.

München, den 2. April. Heute fand eine Staatsrathssitzung statt, in welcher, wie ich höre, die Kaiserwahl in Frankfurt und die Haltung der Baierischen Regierung dem Deutschen Kaiserthum gegenüber zur Berathung kam. Man erwartet eine feierliche Protestation gegen dieselbe. Jedenfalls dürfen wir in den nächsten Tagen einer auf diese Frage eingehenden Königlichen Proklamation entgegensehen.

Wien, den 31. März. Heute Nachmittag fand das Leichenbegängniß Stephan Endlicher's statt. Es war auffallend einfach. Doch hatten sich seine Freunde und Verehrer zahlreich eingefunden und Wissenschaft und Literatur waren vielfach vertreten. Endlicher war es bekanntlich, der im vorigen Jahre dem Kaiser Ferdinand die deutsche Fahne überreichte und die Betheiligung Oesterreichs bei dem deutschen Parlamente mit der ihm eigenthümlichen Beharrlichkeit betrieb. Er war es, der die erste Deputation, die sich zu dem Funfziger-Ausschuß begab, anführte. Und an demselben Tage, wo die Nachricht in Wien eintrifft, daß die Frankfurter Nationalversammlung den König von Preußen zum deutschen Kaiser wählte und Oesterreich somit thatsächlich von Deutschland abschnitt, an demselben Tag wird Stephan Endlicher ins Grab gelegt!

Wien, den 1. April. Nach den heutigen Nachrichten aus Verona vom 28sten, und aus Mailand vom 26sten, machten die siegreichen Nachrichten des Marschalls Radetzky dort einen unbeschreiblichen Eindruck. Man wußte aus dem Hauptquartier Novara, daß Karl Albert durch Vercelli mit Oesterreichischen Dragonern begleitet werden mußte, um nicht der Volkswuth als Opfer zu fallen. Nach mehreren übereinstimmenden Mittheilungen ist in den Gewölben des Königlichen Palastes in Novara eine bedeutende Summe in Gold und Silber vorgefunden worden. Es ist dies der Schatz der aus Mailand geflüchteten Lombardischen Consulta, womit sie bisher den Krieg gegen Oesterreich fortsetzte und ihre Freischaaren bezahlte. Mailand ist nach den bereits erzählten Exzessen vom 24sten wieder ruhig geworden. Das Proletariat hatte eine Plünderung beabsichtigt, allein das kluge Benehmen der Militairgewalt, welche den Tumult austoben ließ, hat dieses große Unglück verhindert. Bergamo hat sich nach einer halben Stunde militairischen Einschreitens wieder beruhigt, und von Brescia ist eine Deputation nach Verona unterweges, welche um Schonung für die Stadt bitten will. Der Landes-Präsident, Graf Montecuculi, verlangt einen Geldbetrag als Strafe von der Stadt.

Wien, den 2. April. Der regierende Fürst Lichtenstein ist mit Familie heut hier zurückgekehrt und das Volk sieht ihn freudig als den Vorläufer der übrigen Fürstlichen und adligen Familien an. Es ist bemerkenswerth und zeigt das Stadium, in welches wir getreten sind, am deutlichsten an, daß die Ankunft des Fürsten Lichtenstein, welche sonst nie beachtet worden ist, freudig begrüßt wird. — Der katholische Kultus feiert hier einen großen Triumph. Der bekannte vormalige Feldkaplan Kirschberger aus dem hiesigen Militairspital, welcher im vorigen Sommer im Odeon öffentlich zum Deutsch-Katholicismus übertrat und der durch seinen Vortrag Viele zum Abfall von der Römischen Kirche veranlaßte, hat öffentlich Abbitte geleistet und sich reuevoll der Kirche wieder unterworfen.

Wien, den 3. April. v. Welden, der, wie ich Ihnen bereits meldete, zum Cernirungskorps bei Comorn abgegangen war, ist bereits wieder in unsere Mauern zurückgekehrt. Man sagt, das Bombardement von Komorn sei gänzlich eingestellt worden, indem der Fall dieser Festung keineswegs durch ein Bombardement bedingt werden kann. Von nun an wird man sich bloß auf eine enge Cernirung dieser Festung und auf Absperrung aller Zufuhr beschränken — So erfreulich alle Nachrichten aus Italien sind, eben so betrübend sind sie aus Ungarn und vorzüglich aus Siebenbürgen, über welches Land dieser Tage nur falsche Nachrichten verbreitet waren. Siebenbürgen befindet sich noch immer fast ganz in der Gewalt Bem's; die Russen haben sich zurückgezogen, die k. k. Armee ist in Kronstadt eingeschlossen. Bem ist zum Gouverneur von Siebenbürgen ernannt. Hermannstadt muß eine Contribution von 2 Millionen Gulden leisten, und allenthalben im Sachsenlande läßt Bem die waffenfähige Mannschaft ausheben. (Schl. Z.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 3. April. National-Versammlung. Sitzung vom 2. April. Anfang 12½ Uhr. Die Versammlung geht, nach Erledigung eines Kredits für die republikanische Garde, zu ihrer eigentlichen Tagesordnung, dem Budget, über. Sie ist bis zum Budget des Ministeriums des Innern vorgerückt. Eine allgemeine Diskussion fand streng genommen nicht statt, und von den einzelnen Kapiteln gab nur ein Posten, Pensionen für ehemalige Präfekten, zu einer ziemlich leidenschaftlichen Debatte Veranlassung. Die häufigen Unterbrechungen hindern den Conseils-Präsidenten, seinen Vortrag gehörig zu vollenden. Unter lebhafter Aufregung wurde zuletzt von der Versammlung mit 363 gegen 350 Stimmen beschlossen, die Frage an die Kommission zurückzuverweisen.

— Gioberti ist wieder in das Sardinische Ministerium eingetreten, Radetzky befindet sich angeblich auf dem Marsche nach Florenz, und die Königlichen Truppen aus Neapel, wie man glaubt, schon auf dem Wege gegen Rom und Palermo. Das ist das Neueste, was diesen Morgen die Italienische Post auf dem Landwege brachte. Den Turiner Blättern vom 29sten zufolge, war der Piemontesische Adel sehr Oesterreichisch gestimmt, und die Stadt Turin befand sich am 28sten Abends in großer Gährung.

— Der Courrier de l'Isere berichtet: „Die ernstesten Ereignisse, welche so eben in Piemont stattgefunden, haben der Französischen Regierung die Nothwendigkeit auferlegt, gegen alle Eventualitäten gefaßt zu sein. Dieserhalb hat ein Theil der Alpen-Armee Befehl erhalten, sich der Grenze zu nähern."

— Von der ersten Kammer des Civiltribunals der Seine wurde vorgestern die Trennung von Tisch und Bett zwischen Herrn und Madame Mortier ausgesprochen. Für ersteren fungirte als Vertheidiger Herr Pailliot, für letztere Herr Haix-d'Est-Ange.

— In Havre liegen laut den dortigen Journalen im jetzigen Augenblicke einige Hundert Deutscher Auswanderer auf dem Pflaster, d. h. im schrecklichsten Elende. Aus diesem Grunde hat die Französische Regierung den Befehl gegeben, keinen armen Auswanderer mehr über die Grenze zu lassen.

Der Courrier de Lyon meldet, daß ihm aus Marseille vom 30. März geschrieben werde: im dortigen Gasthof „Hotel d'Orient" habe der Graf Barge (Karl Albert) übernachtet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Karl Albert den Weg nach Spanien eingeschlagen.

Belgien.

Brüssel, den 31. März. Der für den hiesigen Congreß bestimmte britische Gesandte, Sir H. Ellis, ist heut mit seinem Secretär nach London zurückgekehrt. Ebenso schickt sich der französische Bevollmächtigte, Hr. Lagrenée, zur Rückreise an.

Rußland und Polen.

!R Kalisch, den 6. April. Unsere früheren Berichte über eine ungeheure Truppenzahl im Königreiche könnten jetzt alle Lügen gestraft werden, so schnell sind die Ausmärsche auf einander gefolgt. — Wir sind im wahren Sinne des Wortes wieder von Truppen entblößt, und vermuthen wir, daß dieselben nach Galizien gegangen sind. Dörfer, die früher hundert Mann Besatzung hatten, haben jetzt kaum 20 Mann, und auch dies ist nur in Kirchdörfern der Fall; andere Dörfer sind von einer Besatzung gänzlich befreit. — Einen Grund mehr zur Unzufriedenheit giebt die fast drückende Heranziehung der Geistlichen zu den verschiedenen Abgaben, und namentlich zu denen, welche die Erhaltung der Armen erfordert; — sonst ist die Stimmung sich gleich geblieben. — Unsere Stadt hat einen herben Verlust in pecuniärer Hinsicht erlitten, insofern das bisher hier gewesene Gericht nach Warschau verlegt ist. — Diese Maaßregel wird auch außerdem noch deßhalb getadelt, weil man hier nun genöthigt ist, um so größere, ja kaum erschwingliche Opfer zu bringen, wenn man einen Proceß anstrengen will. — Die Getreidepreise sind ungemein niedrig, und da jetzt wieder Silbergeld circulirt, so ist der Proletarier zufriedengestellt. Die Beamtenwillkühr hat sich indeß um Nichts gemindert, und in dieser Hinsicht bleibt Alles zu wünschen. Heut ist die Grenze für Jedermann offen, Morgen für Jedermann geschlossen; und es läßt sich durchaus nicht denken, daß dies auf höhere Anordnung geschehe, und daß in diesen Manövers ein System vorhanden sei. Die öffentlichen Blätter erscheinen in ihren Aeußerungen ebenso schwankend und launenhaft; Heut ist der König von Preußen ein wahrer Engel, Morgen ein Widersacher des Czaarenthums; Heut werden die Kammern gelobt, Morgen sind sie, und namentlich die zweite Kammer, ein Sitz derjenigen, die die Reichen berauben wollen, die dem Könige die Krone nicht gönnen. —

Posen. — Im verflossenen Monat März d. J. sind im Ganzen 1697 Fremde hier eingetroffen.

Kammer-Verhandlungen.

23ste Sitzung der Zweiten Kammer vom 4. April.
Präsident: Grabow.

Am Ministertisch: Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Strotha, von der Heydt und v. Rabe.

Auf den Tribünen befinden sich Mitglieder der Frankfurter Deputation.
Minister-Präsident: Meine Herren! Die Regierung Sr. Majestät hält es für angemessen, dasjenige mitzutheilen, was in Folge der Antwort geschehen ist, die des Königs Majestät der Deputation der frankfurter National-Versammlung ertheilt haben. Es ist dies eine Note, welche an sämmtliche deutsche Höfe gegangen ist. Der Minister-Präsident verliest dieselbe. Am Schlusse erhält er von der rechten Seite ein schwaches Bravo! — Lautes Zischen zur Linken.

Hierauf wird der Zusatz-Antrag zu dem Antrage der Petitions-Kommission über das Begnadigungsgesuch des Stellbesitzer Karge und Genossen noch einmal zur Abstimmung gebracht und angenommen. Dasselbe lautet: „Die Hohe Kammer wolle beschließen: hinter das Wort „Veranlassung" die Worte „und möglichsten Berücksichtigung" einzuschalten."

Die Kammer stimmt nunmehr zum 2ten Male über das Eveltsche Amendement zum Parrisiusschen Antrage ab und nimmt es ebenfalls an. Dasselbe lautet: „Die Hohe Kammer wolle beschließen: Unter Vorbehalt aller Abänderungen, welche die Kammer bei der definitiven Berathung der Verordnung vom 2. und 3. Januar 1849 über die Organisation der Gerichte und des Verfahrens mit Geschworenen beschließen möchte, das Königliche Staats-Ministerium aufzufordern, die Ausführung des §. 19. der Verordnung vom 2. Januar zu beschränken, und zwar insbesondere dahin, daß in den Bezirken, wo keine Patrimonial-Gerichte bestanden, die bisherigen Königlichen Kollegial-Gerichte fortbestehen bleiben und zwar unter Beilegung der Befugnisse der Kreisgerichte."

Hierauf findet die zweite Abstimmung über die von Bucher und Genossen beantragte Tages-Ordnung statt, welche gestern noch nicht gedruckt war.

Die Buchersche Tagesordnung wird mit 148 gegen 146 Stimmen verworfen.

Moritz verlangt jetzt, daß über seine Tagesordnung abgestimmt werde. Dieselbe lautet: „Indem sich die Kammer ausdrücklich dagegen verwahrt, daß die Verordnungen vom 2. und 3. Januar ohne vorherige Zustimmung der Kammern erlassen werden konnten und indem sie das Ministerium für alle aus diesem verfassungswidrigen Verfahren etwa entstehenden schädlichen Folgen für verantwortlich erklärt, sowie in Erwägung daß eine Sistirung jener Verordnungen zu neuen Verwicklungen führen würde, geht die Kammer zur Tagesordnung über."

Die Moritzsche Tagesordnung wird angenommen. Der Präsident wird nachsehen, ob sie schon gedruckt ist; andernfalls muß sie morgen noch einmal zur Abstimmung kommen.

(Schluß der Sitzung: Nachmittags $6\frac{1}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung Morgen 12 Uhr.)

Tagesordnung: Bericht der Kommission über den v. Vinckeschen Antrag auf Erlaß einer Adresse an des Königs Majestät, und drei Interpellationen.

24ste Sitzung der Zweiten Kammer vom 5. April.
Präsident: Grabow.

Oben an auf der Tagesordnung steht die zweite Abstimmung über den Moritzschen Antrag. Es findet über den Moritzschen Antrag auf motivirte Tagesordnung, welcher gestern noch nicht gedruckt war, die Abstimmung durch Namens-Aufruf Statt. Dieselbe wird heute mit 136 gegen 133 Stimmen angenommen. 54 Deputirte haben gefehlt.

Der Abgeordnete Jung zieht seine Interpellation bis nach den Ferien zurück, und es folgt darauf die Interpellation des Abgeordneten Pflücker, in Bezug auf die Regulirung des Oderbruches.

Der Graf Poninski (Wreschen) zieht seine Interpellation bis nach den Feiertagen zurück.

v. Vincke liest hierauf den Bericht der Kommission über den von ihm gestellten Antrag auf Erlaß einer zweiten Adresse, die deutsche Frage betreffend, vor. Da ein Antrag auf einfache Tagesordnung (von v. Möller, Graf Schwerin, v. Bodelschwingh und Andere) gestellt worden, so macht der Berichterstatter im Voraus auf die Dringlichkeit der Sache aufmerksam. Eine große Zahl von Amendements ist außerdem eingebracht.

Die Dringlichkeit des v. Vinckeschen Antrages wird mit großer Majorität anerkannt.

Graf Schwerin (für die einfache Tagesordnung): Ich habe vorher eine motivirte Tagesordnung eingereicht, ehe ich die Note, welche uns gestern mitgetheilt worden, kannte. Es giebt jetzt politische Standpunkte. Der erste Standpunkt ist der der Revolution, der kein anderes Recht kennt, als das der Revolution; daß dieser Standpunkt nicht der meinige ist, brauche ich nicht erst zu sagen. (Gelächter zur Linken.) Der zweite Standpunkt ist der der Kontrerevolution, der keine Rücksicht auf die Thatsachen nimmt, sondern nur am starren Buchstaben des Rechts festhält. Auch das ist nicht mein Standpunkt. (Oh! oh! zur Linken.) Ein dritter Standpunkt ist der, der die Thatsachen in ihrer inneren Berechtigung zu erforschen, dieselben mit dem Rechte zn vermitteln und so die Revolution zu schließen sucht. Dies ist mein Standpunkt; dies ist der Standpunkt des Ministeriums, den dasselbe auch in seinen gestrigen Erklärungen festgehalten hat. Deshalb stimme ich für einfache Tagesordnung.

Moritz (gegen einfache Tagesordnung): Wir sollen eine offene Erklärung abgeben, wie wir's mit Deutschland meinen, und wollen zur einfachen Tagesordnung übergehen? Ein solcher Antrag kann nur auf Verblendung beruhen. Der Vorredner hat von dem Standpunkte der Revolution gesprochen. War es keine revolutionaire Maßregel, als im März v. J. die deutschen Farben in Berlin aufgepflanzt wurden? Wer hat sie aufgepflanzt? Der Mann, der vor mir auf der Tribüne gestanden, hat den Rath dazu gegeben. (Bewegung.)

Der Antrag auf einfache Tagesordnung wird verworfen. Die Kammer schreitet jetzt zur Berathung des von Vinckeschen Antrages selbst.

Der Berichterstatter von Vincke: Die Politik des Ministeriums muß auch ich als eine entschieden verderbliche bezeichnen. Es war nach derselben nicht abzusehen, wenn die geforderte Vereinbaeung beginnen und aufhören werde, und wenn man die letzte Zirkular-Note ins Auge faßt, so ist diese zweifelhafte Stellung noch schlimmer geworden. Wir können nicht darauf rechnen, daß das Ministerium erklärt, wir haben uns eines Besseren überzeugt, und in Erwägung dessen haben Se. Majestät der König Ihren Entschluß geändert. Damit würde man die Treue und den Glauben des Staats aufs Spiel setzen und dies dürfte wohl am wenigsten in einem Augenblick geschehen, wo dieser Staat an die Spitze Deutschlands treten soll. Dieser Politik gegenüber hat die Kammer daher die Pflicht, ihre deutsche Gesinnung vor Deutschland auszusprechen. Der erste Theil der von mir jetzt vorgeschlagenen Tages-Ordnungen spricht daher offen ein Mißtrauens-Votum für das Ministerium aus, aber um den Staat nicht zu komprimittiren, stellt der zweite Theil die Bedingung, daß die Erklärung der deutschen Staaten abgewartet werde. Damit ist auch zugleich für das Parlament die Frist gewonnen, die es haben muß, um seine Entscheidung zu treffen.

Waldeck (für die motivirte Tagesordnung); Wir haben uns früher gegen eine Adresse erklärt und thun es daher auch jetzt. Die Umstände haben sich jedoch um ein Weniges geändert. Das Ministerium hat eine vollständige Erklärung gegeben, und auch wir dürfen uns nicht mehr der Pflicht entziehen, darüber zu sprechen. Dies ist der Grund, weshalb ich die Tribüne besteige. Wir wollten früher keine Adresse, weil wir von der Ansicht ausgingen, daß das Ministerium in einen Kreis gebannt ist, aus dem es nicht heraus kann. Es ist ihm nicht möglich, den Panzer der Reaktion abzustreifen, in den es geschnallt ist, und was Jemand nicht verrichten kann, soll man ihm auch nicht zumuthen. — Es hat uns die Antwort des Königs mitgetheilt, sie lautet dahin, daß die Regierung die Verfassung nicht angenommen hat. Erst will man einen Artikel 105. hineinbringen, sonst will man sie nicht. Was kann dabei herauskommen? Ein deutsches Kaiserthum; aber nicht wie es das Volk will, sondern wie es die Fürsten und ihre Rathgeber, wie die Büreaukratie, das Junkerthum und der Servilismus es wollen. (Bravo auf beiden Seiten des Hauses.) Man nennt die Fürsten frei, aber sie sind es nicht. Sie stehen in Abhängigkeit von ihren Beichtvätern und ihren Hofräthen, und das ist wahrlich schmachvoller, als wenn ein Fürst dem Willen des Volkes folgt. (Rauschendes Bravo.) Die Gründe, welche wir jetzt von dem Ministerium gehört haben, stehen genau in dem Minoritäts-Gutachten des Herrn v. Radowitz und Genossen. Wer aber weiß es nicht, was diese Männer schwer verschuldet haben an dem absoluten Staat! Ihnen gefällt es nicht, daß das Volk frei werde durch das allgemeine Wahlrecht.

Kein deutscher Fürst wird in Wahrheit Kaiser werden, der sich diesem Geiste widersetzt. Es ist wohl möglich, daß ein Kaiser einzieht in Aachen, daß weißgekleidete Jungfrauen ihm entgegenkommen, daß er gekrönt wird und sich niederläßt auf den Stuhl Karls des Großen. Aber er ist doch nicht Kaiser, wenn die Liebe zu ihm nicht in dem Herzen des Volkes wurzelt.

Das Haus Hohenzollern hat bisher die Mission gehabt, das alte deutsche Reich zu zerstören, den Keil der Auflösung in dasselbe zu treiben; das war Recht, das war sein Beruf. Wie steht es aber heute da, wo die Zeit gekommen ist, in der Preußen sich bewußt werden soll, daß seine Volksstämme nicht von denen Deutschlands verschieden sind und daß es sich diesen hinzugeben hat, um mit ihnen Deutschland neu zu gestalten? Es behält seine alte Politik bei, es will groß sein neben Deutschland. Zwei Mal war dieser Ruf schon an die Hohenzollern ergangen, im März, als das Volk sich erhob und die Freiheit forderte. Da haben sie ihm zuerst mit Kartätschen geantwortet Sodann im Oktober, als das Volk die Rettung Wiens und der österreichischen Freiheit forderte. Da hat man die preußischen Volksvertreter verjagt und sich mit dem Olmützer Kabinet einverstanden erklärt. Jetzt ergeht der Ruf zum dritten Male. Die Lage ist günstiger, insofern Oesterreich aus der Liste der Konkurrenten gestrichen ist, gestrichen für immer, weil es die Freiheit seiner Völker mit Füßen tritt (Bravo); weiß aber die preußische Regierung diese Lage zu benutzen? — Ich will nur daran erinnern, daß um diese Zeit in Wien die Fußwaschung stattfindet. Wird man auch jetzt jene schöne, sinnbildliche Ceremonie vornehmen, jetzt, wo sie zur bloßen Komödie herabsinkt, da das arme Volk hingeschlachtet und hingeopfert wird?

Der König will erst Erkundigung darüber einziehen, ob sein Arm auch stark genug ist, die Geschicke Deutschlands zu lenken. Ja stark genug, um die Freiheit niederzuhalten, um als bleiernes Gewicht auf der Presse zu lasten und das freie Versammlungsrecht zu zerstören. (Bravo.) Das nennt man Kraft, als ob es nicht die höchste Ohnmacht wäre, sich vor dem Volke zu fürchten! (Bravo) Sehen Sie in Deutschland um sich her Blicken Sie auf Dessau, wo das Volk zufrieden ist mit der Verfassung und der Gemeinde-Ordnung, blicken Sie auf Meklenburg, wo eben die ersten Strahlen der Morgenröthe der Freiheit aufgehen. Ist ein Krieg für die Freiheit nöthig, so werden auch Deutschland und Preußen zusammenstehen, und es wird ihnen an Kraft nicht fehlen, jeder Gefahr zu widerstehen. Wirken wir daher dahin, daß sie uns werden durch die Freiheit Erheben wir unsere Stimme, sagen wir dem Volke und der Krone die Wahrheit, dann werden beide wissen, was sie zu thun haben! (Allgemeines Bravo)

von Kirchmann (für den Erlaß einer Adresse): Der Redner verlangt, daß der König mit Verwerfung des Vereinbarungsprinzips die deutsche Krone lediglich auf Grund der Verfassung annehmen solle. Freilich sei ein solcher Schritt mit Schwierigkeiten verbunden, aber ein ähnlicher Moment sei schon damals für Preußen vorhanden gewesen, als sich der Churfürst die Königskrone aufgesetzt habe. Auch gegen diesen Schritt hätte man erhebliche Bedenken erheben können.

v. d. Heydt: Das Ministerium hat Sr. Majestät keineswegs zur Ablehnung gerathen; es hat vielmehr dem Könige gerathen, anzunehmen, so weit er hierzu berechtigt Der König konnte sein Jawort nicht unbedingt ertheilen, um nicht dadurch vielleicht kompromittirt zu werden, daß er den Kaisertitel über Fürsten angenommen. die dann später ihre Zustimmung versagen. Wir riethen deshalb dem Könige, nur so weit das Jawort zu ertheilen, als er es aus eigenem Rechte thun kann. Das Ministerium will nicht die deutsche Frage verzögern und hinhalten, sondern hofft, daß dieselbe binnen 14 Tagen wird entschieden werden können. Was die Oberhauptsfrage betrifft, so hat der König schon erklärt, daß er bereit ist. Was die Verfassung anlangt, so ist schon früher eine Erklärung über dieselbe erfolgt, aber von der frankfurter Versammlung nicht beachtet worden. Nachdem nun die definitive Erklärung der Versammlung erfolgt ist, wird auch die preußische Regierung auf ihre definitive Erklärung nicht länger warten lassen.

v. Berg: Das Ministerium befindet sich in einer seltsamen Lage, da es von seinen eigenen Freunden angegriffen wird; noch seltsamer aber muß es ihm vorkommen, daß ihm aus seinen frühern Gegnern Vertheidiger erwachsen. Ich bin ein solcher. Wenn Sie, meine Herren (zur Rechten), heute dem Ministerium ein Mißtrauensvotum geben wollen, so kann ich demselben nicht beistimmen. Warum haben Sie Ihre Meinung nicht deutlicher in der Adresse ausgesprochen? Warum haben Sie die Politik des Ministeriums gelobt? Ich habe mich über die ministerielle Politik nicht getäuscht! v. Vincke will einen anderen Weg von der Regierung eingeschlagen wissen, aber nicht aus einem anderen Grunde, als der ist, welcher die Regierung zu ihrer Handlungsweise bestimmt hat.

Offen und ehrlich ist allerdings die Politik des jetzigen Ministeriums gewesen. Deshalb haben wir nicht geglaubt, daß die Räthe der Krone das thun würden, was Herr v. Vincke wünschte. Daß die Herren, die dem Ministerium zu großes Vetrauen schenkten, sich jetzt getäuscht haben, ist schlimm für sie. (Heiterkeit.) Wir haben uns nicht getäuscht.

Die gestern verlesene Note stellt es in das Belieben eines jeden Fürsten, ob er sich dem Bundesstaate anschließen will oder nicht. So wird jeder zu unterhandeln anfangen und ein bloßer Fürstenbund zu Stande kommen.

Das Ministerium ist übrigens mit dem Mißtrauen, das es von der Mehrheit des Landes erhalten, in sein Amt eingetreten und hat dadurch gezeigt, daß Mißtrauensvoten nicht zu seiner Politik gehören. Wozu sollen wir ihm also noch ein Mißtrauensvotum geben?

Die anderen Herren (zur Rechten) haben die Anerkennung der oktroyirten Verfassung dankbar ausgesprochen. Wenn die Frankfurter Versammlung das deutsche Verfassungswerk nicht zu Stande bringt, so wird man mit einer rettenden That dazwischen kommen, oktroyiren und noch mehr abzwacken, als man uns abgezwackt hat. Dann kann die Regierung auf Grund unserer Verfassung alles das aus derselben streichen, was mit der deutschen Verfassung in Widerspruch steht.

Sr. Majestät Regierung wird, wenn sie jetzt ein Mißtrauensvotum erhält, die Kammer nicht auflösen. Das Ministerium wird die Kammer reden lassen und thun, was es will. Es hat ja die Finanzen, die Soldaten und zum Ueberfluß General Wrangel Was will es noch? (Heiterkeit.)

Minister des Innern: Wenn Jemand bedauert hat, daß Se. Majestät nicht in der Lage gewesen, ein unbedingtes Ja auszusprechen; so bin ich es gewesen Das Ministerium hat aber nicht geglaubt, Sr. Majestät jetzt rathen zu dürfen, eine Ueberzeugung zu verlassen, die er bisher befolgt hatte. Es ist jedoch Alles geschehen, damit das zur vollen Rechtsgültigkeit der Wahl noch Fehlende hinzugefügt werde. Ich wünsche Sr. Majestät das allerdeutscheste Ministerium; aber die Meinungen sind darüber, was deutsch ist, sehr getheilt. Wir haben geglaubt, das Recht der deutschen Fürsten dürfe durch eine zu frühe Annahme der Wahl nicht gebeugt werden. Wir haben geglaubt, Sr. Majestät einen deutschen Rath zu geben, wenn wir ihm riethen, dem Recht und der Ehre zu folgen.

(Bravo rechts; Zischen links.)

D'Ester: Die deutsche Sache ist eine zu große und heilige, als daß sie zu einem Mißtrauens-Votum gegen dieses Ministerium benutzt werden dürfte. Eine Minister-Krisis würde doch nur einen Personenwechsel herbeiführen. Was kann uns das helfen? Das gegenwärtige Ministerium hat noch den Vorzug, daß es ein Ministerium der offenen, unverholenen Gewalt ist. Das nachfolgende Ministerium würde uns wahrscheinlich durch konstitutionelles Scheinwesen zu täuschen suchen. Ich halte es deshalb mit dem alten Sprichworte: lieber einen Wolf, der beißt, als einen Fuchs, der gleißt. (Beifall zur Linken.)

Ulrich für die Vincke'sche Adresse.

Die Kammer beschließt hierauf den Schluß der Debatte.

v. Bodelschwingh (zu einer pernsölichen Bemerkung): Man hat von der Revolution gespeochen. Dieser Straßenkampf, der die Stadt und das ganze Land entehrt hat ... — Stürmische Unterbrechung von der Linken. Man hört den wiederholten Ruf: „Herunter von der Tribüne!" „Sie schänden dieselbe!" „Laßt ihn nicht weiter sprechen!" Allgemeine Bewegung. v. Bodelschwingh bleibt auf der Tribüne. Man läßt ihn nicht mehr zu Worte kommen. Die Linke ist in der größten Aufregung. Der Vize-Präsident Lensing, welcher den Präsidenten-Stuhl eingenommen, vermag den Sturm nicht zu beschwichtigen. Er bedeckt sein Haupt und vertagt die Sitzung auf eine Stunde. Die Deputirten entfernen sich.

Um 6 Uhr wird die Sitzung wieder durch den Vize-Präsidenten Lensing eröffnet. v. Bodelschwingh besteigt abermals die Tribüne. Die Bänke der Linken sind völlig leer.

v. Bodeschwingh: Ich bin vorhin unterbrochen worden. Ich muß meine Rede jetzt vollenden, und obgleich ich jene Bänke leer sehe, so werde ich doch meine früheren Worte nicht wiederholen, sondern sie zusammenfassen. Man hat gesagt: ich sei vor einem Kampfe, vor einer sogenannten Revolution geflohen. Das ist nicht richtig. Ich hatte schon längst vor jenem Straßenkampfe um meine Entlassung gebeten, und zwar aus Gründen, welche Sie Alle gewiß billigen würden. Ich halte jenen Straßenkampf für keine Revolution. Ich würde aber auch bei der neuen Revolution, mit welcher von der linken Seite gedroht worden, zeigen, daß ich vor ihr nicht fliehe. Ich werde vielleicht noch Gelegenheit haben, darzuthun, daß ich Muth habe und die Schmähungen nicht verdiene, die mir so reichlich von jenen Bänken, die jetzt leer stehen, zu Theil geworden sind. Ich werde dies beweisen, wenn es gilt, sich um die Fahnen zu schaaren, die durch einen Redner jener Seite entehrt worden.

Sobald v. Bodelschwingh die Tribüne verlassen, findet sich auch die Linke wieder im Saale ein.

Der Minister-Präsident macht den Vize-Präsidenten darauf aufmerksam, daß die Zuhörer-Tribünen Zeichen des Beifalls und des Mißfallens gegeben haben.

v. Vinke (als Berichterstaatter): Der Minister des Innern hat unter „deutsch" nicht eine deutsche Sache verstanden, sondern nur die Begriffe „Ehre und Recht." Ich habe nicht gesagt, daß die ministerielle Politik keine Politik der Ehre und des Rechts sei; aber es kann Etwas mit Ehre und Recht sehr verträglich und doch zugleich sehr unzweckmäßig und undeutsch sein — Was die Angriffe gegen die Frankfurter National-Versammlung betrifft, so will ich als Mitglied der Letzteren daran erinnern, daß, während viele Regierungen und Landesversammlungen sich ohnmächtig zeigten, die Frankfurter Versammlung unbeirrt der Anarchie gesteuert hat. Wunderbar ist es, wie das Mitglied für Ratibor der Frankfurter Versammlung den Rath, sich selbst aufzulösen, geben, und in ein und demselben Athem die Annahme der von jener Versammlung beschlossenen Verfassung empfehlen kann.

Es wird jetzt auf die Prüfung ankommen, ob in der gestern mitgetheilten Cirkularnote, Momente enthalten sind, wonach anzunehmen, daß Sich Sr. Majestät thatsächlich dem Rufe entzogen haben. Mögen einzelne Deputirte anderer Ansicht sein; ich bin der Ansicht, daß Sich Se. Majestät dem Rufe entzogen.

Nicht blos von Oesterreich, sondern auch von andern Regierungen, namentlich von den vier deutschen Königen, sind bei dem deutschen Verfassungswerk Schwierigkeiten zu befürchten. Giebt man ihnen nun noch speziell Veranlassung, Bedingungen zu machen, wie dies in der letzten preußischen Cirkular-Note klar geschieht — so giebt man ihnen indirekt Gelegenheit zu neuen Schwierigkeiten und Deutschland einer ungewissen Zukunft preis. Nur durch den moralischen Zwang der öffentlichen Meinung kann man das Verfassungswerk zu Stande bringen; an einen Zwang durch Waffengewalt habe ich niemals gedacht. Ein Fürst aber muß zuerst den Anfang machen und die Verfassung acceptiren und zwar muß hier der Mächtigste mit dem guten Beispiele voraufgehen; dann werden die übrigen deutschen Fürsten vermöge jenes Zwanges der öffentlichen Meinung nachfolgen. Der von der Regierung eingeschlagene Weg mag immerhin der des Rechts sein; aber zweckmäßig ist er nicht.

Möge man doch bedenken, daß es jetzt darauf ankommt, ob man mit oder ohne Sympathieen regiert und daß wir im Jahre 1849 leben. (Beifall zur Linken.)

Ich will noch darauf aufmerksam machen, daß es das Schönste ist, auf dem Schilde des Volks auf den Thron emporgehoben zu wirden, und auf die englische Krone hinweisen, welche doch am hellsten strahlt. Auch die englische Dynastie beruht auf einem Parlaments-Beschlusse. (Lebhafter Beifall zur Linken. Zischen auf der äußersten Rechten.)

Meine Ansichten haben sich nicht geändert, aber für den Erlaß einer Adresse kann ich jetzt nicht mehr stimmen, weil das Ministerium Erklärungen, die ich tief beklage, gemacht hat, wodurch völkerrechtliche Verpflichtungen entstanden. Wenn man Jemandem eine Offerte macht, so muß man sich doch wenigstens so lange Zeit an sein Anerbieten für gebunden erachten, als die gestellte Acceptationsfrist beträgt Die den Fürsten gestellte Frist zur Erklärung muß daher abgewartet werden, und sowohl das gegenwärtige, wie jedes folgende Ministerium ist an die letzte Cirkularnote gebunden Deshalb habe ich für jetzt die Tagesordnung vorgeschlagen, da ich nicht eine Politik anrathen kann, die den Staat kompromittirt.

Die Gegner der Erhebung Sr. Majestät auf den deutschen Thron sind es gerade, welche über die dilatorische Erklärung des Königs frohlocken. Bei seinen Gegnern aber muß man Politik studiren. Ich will es hier wiederholen, was schon vor mir gesagt worden: Die beste Politik Preußens ist auch die kühnste. (Beifall.)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Die von Waldeck und Genossen beantragte Tagesorduung wird verworfen. Eben so ergeht es dem Heilandtschen Amendement zur Vinckeschen Tagesordnung und der Vinckeschen Tagesordnung selbst. Für die Ulrichsche Tagesordnung erhebt sich gar Niemand. Auch die Menzelsche bleibt in der Minorität.

Hierauf stellt der Präsident die Frage: ob überhaupt eine Adresse erlassen werden solle. Dieselbe wird ebenfalls verneint. (Schluß der Sitzung nach 7 Uhr.)

(Nächste Sitzung: Donnerstag, den 12. April, Mittags 12 Uhr.)

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 8. April c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Herr Oberpr. Hertwig. — Nm. Hr. Pastor Friedrich.
Den 9. April. Vm.: Hr. Pastor Friedrich. — Nm.: Hr. Oberpredigee Hertwig.

Ev. Petrikirche. Vm.: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler. (Abendmahl.)
Den 9. April. Vm.: Hr. Consist.-Rath Cranz.

Garnisonkirche. Vm.: Hr. Div.-Pred. Bork (Abendmahl).
Den 9. April. Vm.: Hr. Divisionspred. Simon.

Christkathol. Gemeinde. Vor- und Nm.: Herr Pred. Post. —
Den 9. April. Vm.: Hr, Pred. Post (Abendmahl).

Ev. luther. Gem. Vm.: Hr. Pastor Dr. Francke.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 31. März bis 6. April 1849:

Geboren: 3 männl., 5 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 3 männl., 1 weibl. Geschl.

Markt-Bericht.

Berlin, den 2. April.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizer nach Qualität 50—56 Rtlr. Roggen loco $23\frac{1}{2}$—$24\frac{1}{2}$ Rtlr., schwimmend 23—24 Rthlr., pr. Frühjahr 82pfündig: $22\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $22\frac{1}{2}$ G., Mai/Juni $23\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 23 G., Juni/Juli $24\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 24 G., Juli/Aug. 25 Rthlr. Br. u. G. Gerste, große loco 21—22 Rthlr., kleine 16—19 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 13—14

Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 13 Rthlr. Br., $12\frac{3}{4}$ G. Rüböl loco $14\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{8}$ bez., 14 G., pr. April $13\frac{3}{4}$ Rthlr. bez., April/Mai $13\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{2}$ G., Mai/Juni $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $13\frac{5}{12}$ G., Juni/Juli $13\frac{1}{2}$ Rtlr. Br., $13\frac{1}{3}$ G., Juli/August $13\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ G., Aug./Sept. $13\frac{1}{6}$ Rtlr. Br., 13 G., September/Oktbr. $12\frac{7}{12}$ a $\frac{5}{8}$ Rthlr. bez., Okt/Nov. $12\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{2}$ G. Leinöl loco $11\frac{1}{2}$ Rthlr. Lief. pr. April/Mai $10\frac{7}{12}$ Rthlr. — Spiritus loco ohne Faß $14\frac{1}{3}$ a $\frac{5}{12}$ Rthlr. verk., April/Mai $14\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. u. Br., Mai/Juni 15 Rthlr. Br., $14\frac{5}{6}$ G., Juni/Juli $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $15\frac{1}{4}$ G., Juli/Aug. 16 Rthlr. Br., $15\frac{3}{4}$ bez.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Stadt-Theater.

Sonntag den 8ten April: Don Juan; große Oper in 4 Akten von Mozart.

Montag den 9ten April: Neu einstudirt: Die beiden Antone, oder: Der dumme Gärtner; komische Oper in 2 Akten von Schikaneder. — Diesem geht vor: Eigensinn; Lustspiel in 1 Akt von R. Benedix.

Dienstag den 10ten April: Auf Verlangen: Alessandro Stradella; Oper in 3 Akten von Friedrich, Musik von F. von Flotow.

Meine innigst geliebte Gattin Therese von Agard ist heute früh um 7 Uhr mit Tode abgegangen. — Die Beerdigung findet Statt am 10ten d. Mts. Nachmittags 5 Uhr, wovon ich meine Freunde und Verwandte hiermit ergebenst in Kenntniß setze.

Posen, den 7. April 1849.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Peter v. Agard, Rittmeister a. D.

Nach jahrelangen Leiden starb heute Nacht $12\frac{1}{2}$ Uhr meine innigst geliebte Frau, Auguste geb. Kallmeyer, im 34sten Jahre ihres Alters, welches für sich und seine drei Kinder, um stille Theilnahme bittend, ergebenst anzeigt

Materne auf Chwalkowo.

Posen, den 7. April 1849.

Den Bürgern und Bewohnern der Stadt Wronke, die während unseres Kommando's daselbst so untrügliche Zeichen der Zuneigung für uns an den Tag gelegt haben, sagen wir hiermit den wärmsten Dank und rufen denselben ein herzliches Lebewohl zu.

Obornik, den 5. April 1849.

v. Bötticher, Hauptm. u. Comp.-Chef im 5. Inf.-Regt Bergius, Lieutn. v. Pannwitz, Lieutn. Röder, Assistenz-Arzt.

Vom 1sten April ab erscheint im Verlage der Unterzeichneten:

Buddelmeyer-Zeitung.

Zur Belehrung und Erheiterung für Stadt und Land.

Redakteur: Dr. Cohnfeld (Aujust Buddelmeyer.)

Die „Buddelmeyer-Zeitung", deren Redakteur sich durch seinen sprudelnden Witz und gemüthvollen Humor, so wie durch die Reinheit seiner politischen Gesinnung die Achtung und Liebe des Volks gewonnen hat, erscheint wöchentlich 2 Mal, jede Nummer zu 1 Bogen klein Folio, mit einem oder mehreren Holzschnitten geziert. — Der Abonnements-Preis beträgt vierteljährlich 20 Sgr.

☞ Einzelne Nummern kosten $1\frac{1}{2}$ Sgr. ☜

Alle Buchhandlungen, in Posen E. S. Mittler, so wie sämmtliche Postanstalten des In- und Auslandes nehmen Abonnements an.

Carl Schultze's Buchdruckerei.

Bekanntmachung.

In dem Nachlasse des anscheinend eines gewaltsamen Todes gestorbenen Rentiers Nikolaus Thiell, welcher zuletzt in dem hiesigen Hotel de Saxe seine Wohnung gehabt hat, ist eine Specifikation vorgefunden worden, wonach derselbe folgende nicht vorgefundenen Posener Pfandbriefe besessen zu haben scheint:

No. 10/2226. Izdebno, Kreis Mogilno, à 4%, über 250 Rthlr.,
No. 28/3709. Niepruszewo, Kreis Buk, dto. über 100 Rthlr.,
No. 92/6000. Stempuchowo, Kr. Wągrowiec, dto. über 100 Rthlr.,
No. 27/8839. Murzynowo leśne, Kr. Schroda, dto. über 25 Rthlr.,
No. 87/10,158. Grąbkowo, Kr. Kröben, dto. über 25 Rthlr.,
No. 35/5848. Chwalkowo, Kreis Schroda, dto. über 100 Rthlr.,
No. 71/1712. Swidnica Zedlitz), Kreis Fraustadt, dto. über 25 Rthlr.,
No. 118/3741. Kaźmierz, Kreis Samter, dto. über 25 Rthlr.,
No. 25/1497. Szymanowo, Kreis Schrimm, dto. über 250 Rthlr.,
No. 63/307. Miłosław, Kr. Wreschen, à $3\frac{1}{2}$%, über 200 Rthlr.,
No. 13/210. Dębiec, Kr. Schroda, dto. über 200 Rthlr.

Auch soll der 2c. Thiell eine stark vergoldete vierfach zu öffnende Schnupftabaks-Dose besessen haben. Es ergeht hiermit an die etwanigen Besitzer der bezeichneten Pfandbriefe und der Dose die Aufforderung, sich bei der unterzeichneten Gerichtsbehörde zu melden und ihren Erwerb nachzuweisen.

Posen, den 3. April 1849.

Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheil. für Strafsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Posen.
Erste Abtheilung, den 27. Oktober 1848.

Die den Kanzleirath Johann Adam und Marianna Franciska geb. Teig-Vaticheschen Eheleuten gehörigen Grundstücke No. 14/15. und 23/21. zu Krzyżowniki, abgeschätzt auf 23,119 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, sollen am 13ten Juni 1849 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:
1) der Arbeitsmann Stanislaus Pietraszewski aus Krzyżownik eventuell dessen Erben;
2) das Fräulein Charlotte Schmidt aus Posen;
3) der Gutspächter Ildephons v. Morze aus Krzyżownik;
4) der Graf Joseph v. Grabowski aus Posen;
5) die Frau Gymnasiallehrer Theresia Cichowicz geborne Sokolnicka, und deren Ehemann aus Krzyżownik,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Bekanntmachung.

Die Servis-Zahlung für die im Monat März d. J. hier einquartiert gewesenen Truppen erfolgt am 10., 11., 12. und 13. dieses Monats.

Posen, den 7. April 1849.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 6. d. M., sollen auf dem hiesigen Posthofe drei ausrangirte sechssitzige Postwagen, und mehrere alte eiserne Gewichtsstücke an den Meistbietenden öffentlich verkauft werden.

Posen, den 5. April 1849.

Ober-Post-Amt.

Zu dem Denkmal für die im März v. J. gebliebenen Soldaten sind ferner eingegangen:

Von H. B. 1 Thlr.; v. Frau v. Treskow 1 Thlr.; v. deren Söhnen aus ihrem Taschengelde 2 Thlr. 10 Sgr.; aus einer Gesellschafts-Sammlung durch Hrn. Obrist v. Helldorff 25 Thlr. Mit dem früher eingegangenen in Summa 150 Thlr. 15 Sgr.

Posen, den 7. April 1849. Hirsch.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von circa 6500 bis 7000 Tonnen frisch gebrannten Rüdersdorfer Steinkalk für den hiesigen Festungsbau pro 1849 soll unter ähnlichen Bedingungen wie früher, von welchen ein Exemplar im Büreau der Festungs-Bau-Direction zur Einsicht ausliegt, im Wege der schriftlichen Submission an den Mindestfordernden ausgethan werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten versiegelt und unter Vermerk des Inhalts auf der Adresse, bis

Freitag den 13. dies. Mts. Vormittags 11 Uhr

im Büreau der Festungs-Bau-Direction einreichen, woselbst zur gedachten Zeit dieselben eröffnet und demnächst dem Königlichen Allgemeinen Kriegs-Departement zur Entscheidung vorgelegt werden sollen.

Posen, den 6. April 1849.

Königliche Festungs-Bau-Direction.

Bekanntmachung.

Da in diesem Jahre pr. pr. 1,367,000 Ziegeln für den hiesigen Festungs-Bau von Privat-Ziegeleien angekauft werden sollen, so ergeht an alle diejenigen, welche hierzu Ziegel liefern wollen, die Aufforderung bis zum

Freitag den 13. April c. Nachmittags 3 Uhr

in einer versiegelten Eingabe, mit Vermerk des Inhalts auf der Adresse, ihre Offerten einzureichen.

Die einzelnen Quantitäten und deren Ablieferungsorte sind im Büreau der unterzeichneten Direction zu erfahren, woselbst auch die Bedingungen für die Lieferung und für die Form der Offerten ausliegen, welche genau befolgt und eingehalten werden müssen, weshalb hierauf besonders aufmerksam gemacht wird.

Posen, den 6. April 1849.

Königliche Festungs-Bau-Direction.

Meinen Mitbürgern von Kurnik und Bnin meinen herzlichsten Dank für den warmen Antheil an meiner Befreiung von der Theilnahme am Dänischen Kriege, mit der Versicherung, daß derselbe, so wie die darauf bezüglichen freundlichen Kundgebungen nach meiner Rückkehr am 1sten d. M. meinem, von zahlreichen und schweren Leiden niedergebeugten Gemüth wahrhaft wohlgethan haben.

La Roche.

Möbel-Auktion.

Dienstag den 10ten April Vormittags von 10 Uhr ab sollen wegen Versetzung von hier Mühlenstraße No. 14. mehrere gebrauchte aber gute Möbel von Mahagoni- und anderem Holze, bestehend aus Tischen, Stühlen, Sopha's, Schränken, Bettstellen, 1 Secretair, 1 Servante, 1 Chaise-Long, 1 Trümeau, 1 Spiegel in Goldrahmen, 1 Lehnstuhl 2c. gegen baare Bezahlung versteigert werden. Anschütz.

Lotterie.

Die Ziehung der III. Klasse 99ster Lotterie beginnt am 17ten d. Mts. Ich fordere daher meine geehrten Spieler auf, die Erneuerung ihrer Loose bis dahin zu bewirken.

Kaufloose sind vorräthig.

Der Lotterie-Ober-Einnehmer Bielefeld.

Das Geschäftslokal des hiesigen Königlichen Domainen-Rent-Amts und der Forst-Kasse Zielonka befindet sich von heute ab in dem Hause des Maurermeister Herrn Schmidt, kleine Ritterstraße Nr. 295.

Posen, den 5. April 1849.

Dem Commissionair Herrn Nicodemus Pajewski, welcher einen an mich adressirten, mit 10 Rthlr. Inhalt bezeichneten, verloren gegangenen und von ihm aufgefundenen Brief, selbst bei erschwerten Erfragen nach meiner Wohnung mir eigenhändig übergeben hat — statte ich hiermit für seine humane als redliche Handlung öffentlich Dank ab. M. Marcussohn.

Neueste Sonnenschirme und Marquisen, Gardinen-Borten und Frangen und Sommer-Handschuhe für Damen und Herren, französische Seifen und Parfümerien empfiehlt in grosser Auswahl zu auffallend billigen Preisen

S. Landsberg jun.,
Wilhelms-Str. Nr. 23. vis-à-vis dem Geschäfte des Herrn Falk.

Herrenhüte und **Damenschirme** neuster Façon, so wie eine eben erhaltene Sendung von **Billard-Bällen**, praktisch und sauber gearbeiteter Leder-**Reisekoffer** empfiehlt die Galanterie-Waaren-Handlung

Nathan Charig, vormals Ber Mendl.

Eine dritte Sendung Reisstroh- und Bordüren-Hüte werden am 15ten d. M. zum Waschen nach Berlin geschickt.

M. Elkan, früher Glück,
Schloßstr. No. 5. im Korzeniewskischen Hause.

J. Bork's

neu etablirte Handlung, Hut- und Mützen-Niederlage im Hause des Kaufmann Herrn Scholtz, Markt Nr. 92, empfiehlt in großer Auswahl Herren-Hüte und Mützen in neuester Façon, sowie die geschmackvollsten Sonnenschirme und Marquisen zu billigen Preisen.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß wir auf der Breslauer-Straße No. 14. im Hause des Herrn Batkowski eine

Conditorei-Waaren, Bonbon- und Chocoladen-Fabrik

eröffnet haben, und verkaufen das Pfund Bonbon mit 10 Sgr., die besten, wie Ananas, Rosen, Berberiz (saure) und gefüllte mit 15 Sgr. sind täglich frisch zu haben; das Pfund diversen Confect mit 15 und 20 Sgr., Pariser Zucker-Figuren zu 1 Rthlr. und 1 Rthlr. 10 Sgr. Zu den bevorstehenden Oster-Feiertagen empfehlen wir uns zu Bestellungen auf Torten, Napf- und Blechkuchen, so wie mit einer Auswahl zu dem Feste sich eignenden Zuckerwaaren. Indem wir ein hochgeehrtes Publikum auf die soliden Preise unserer Artikel aufmerksam machen, wird es stets unser Bestreben seyn, durch frische Waare, Reellität und prompte Bedienung Ihr Zutrauen zu erwerben. A. Pfitzner & Comp.

Auf dem Dominio Jankowice, Kreis Posen, stehen 250 Fetthammel zu verkaufen.

Bekanntmachung.

Das im Kostener Kreise belegene Dorf Szczodrowo, wozu circa 1000 Morgen des schönsten Bodens gehören, ist aus freier Hand zu verkaufen. Die Verkaufs-Bedingungen sind in Brzostownia bei Xiąż zu erfahren.

Ein Gasthaus mit bequem eingerichteten Stuben, so wie auch Stallgebäuden und Gärten, soll vom 23. April d. J. ab auf drei hinter einander folgende Jahre verpachtet werden. Das Nähere zu erfragen auf dem Dominio Groß-Rybno bei Klecko.

Ein Rittergut des Gnesener Kreises, jedoch innerhalb der Demarkations-Linie und hierdurch zu Deutschland gehörig, belegen, mit einem Areal von 2556 Morgen des besten Weizenbodens, zureichenden Wiesen und vollständigen Saaten, mit neuen massiven Wirthschafts-Gebäuden und einem sehr bequemen Wohnhause und Park-Umgebung, will die Besitzerin desselben verkaufen, oder auf mehrere Jahre verpachten.

Das Nähere hierüber, so wie Bedingungen selbst ertheilt auf portofreie Anfrage
1) der Partikulier Herr Köhler in Gnesen,
2) der Gutsbesitzer Rosenau zu Brostowo bei Grabowo.

Anzeige.

Das unterzeichnete Commissions-Büreau ist in den Stand gesetzt, **Allen,** welche bis spätestens den 20. April d. J. deshalb in frankirten Briefen bei ihm anfragen **(also das geringe Porto nicht scheuen), nicht außer Acht zu lassendes Anerbieten unentgeltlich zu machen,** welches für den **Anfragenden** noch in diesem Jahre ein **jährliches** Einkommen bis zu 10,000 Mark, oder viertausend Thaler Pr. Crt. zur Folge haben kann.

Lübeck, im März 1849.

Commissions-Büreau,
Petri-Kirchhof Nr. 308.

Eine Haushälterin, die deutsch und polnisch spricht, wird nach Hotel zum schwarzen Adler gesucht.

Hauslehrer und **Gouvernanten** weiset zu jeder Zeit schleunigst und gewissenhaft nach der Instituts-Vorsteher 2c. **W. Altmann** in Breslau (N. Schw. Straße 3. E.)

Wir haben die Ehre, dem geehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige zu machen, daß wir am 6ten April c. eine Kolonial- und Weinhandlung hiesigen Orts errichtet haben. Stets werden wir uns eifrigst angelegen seyn lassen, das Zutrauen eines geehrten Publikums auf jede Art zu rechtfertigen.

Posen, im April 1849.

J. Dartsch & Gałęzewski.

Wir beabsichtigen unser am Sapieha-Platz No. 124. belegenes Grundstück „Hôtel Tyrol" aus freier Hand zu verkaufen, und laden Kauflustige mit dem Bemerken ein, daß die nähern Bedingungen in unserer Behausung eingesehen werden können.

Posen, den 5. April 1849.

Die Geschwister R. J. Bück.

Landwirthschaftliches.

Frischen rothen und weißen Kleesamen, französ. Lucerne, weiße, rothe und gelbe Turnipps-Runkelrüben-Kerne, Sommer-Rübsen, Rigaer Kron-Leinsaat, Grassaamen für alle Bodenarten, Spörgel-, so wie Holz-, Gemüse- und Blumensaamen, Pflanzen, Ziersträucher und Georginen empfiehlt in jeder beliebigen Qualität

die Saamenhandlung
Gebrüder Auerbach zu Posen.

St. Martin No. 59. ist eine große Wohnung mit Stallung und Wagenremise sofort zu vermiethen.

☞ **Gutes Bairisch Lagerbier** ☜
bei G. Fliege.

Bürger-Gesellschaft.

Am 2. Osterfeiertage **Kinderball**. Anfang 8 U.

Bahn-Hof.

Sonntag den 8. und Montag den 9. d. M.

Großes Salon-Konzert.

Anfang 4 Uhr. Bornhagen.

Motto: „Ist schon Alles dagewesen!!"

Wir danken Herrn F. Rasche für seinen uns Lehrern zugedachten besonderen Kursus, wir haben an dem Krüglein auf der schwarzen Tafel schon genug gehabt; wollen ihm allenfalls auch zeigen, daß wir und unsere Schüler nicht blos nach der Natur zu Zeichnen, sondern auch schon längst zu Malen verstehen.

Das ist die beste Methode: den Schüler in der seinen eigenthümlichen Anlagen entsprechendsten Weise zu unterrichten! —

N. N.

Damals von der Akademie der bildenden Künste zu Berlin geprüfte Zeichnenlehrer, als der alte Schadow noch nicht an den Augen litt.